

& betrieb gewerkschaft Intern

Ausgabe 4/Dezember 2007/10. Jahrgang

www.betriebundgewerkschaft.de

Herausgegeben vom BundessprecherInnenrat der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE.

Weihnachten steht vor der Tür. Wir auch!

Die Einzelhändler haben ihn gefordert, den Wegfall des Ladenschlussgesetzes. Sie haben ihren Willen in den meisten Bundesländern bekommen.

Aber längere Ladenöffnungszeiten kosten Geld. Die Zeche sollen jetzt die Verkäuferinnen und Verkäufer zahlen. Unter anderem 170 Euro monatlich weniger in der Lohntüte, Verschlechterungen bei den Zuschlägen für die Spät- und Wochenendarbeit „bieten“ die Arbeitgeber.

Seit Juli wird im nordrhein-westfälischen Einzelhandel gestreikt. Doch der Handel floriert weiter, denn Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter werden als Streikbrecher missbraucht.

Aber wir als Kundinnen und Kunden können unsere Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel unterstützen. Es liegt auch an uns, ob in den bestreikten Geschäften die Kasse klingelt oder nicht. Wir sollten uns dem ver.di-Slogan „Weihnachten steht vor der Tür. Wir auch!“ anschließen und nicht in bestreikten Geschäften einkaufen.

Ingrid Kolbe

Bundestreffen: EU-Dienstleistungsrichtlinie, Mindestlohn und Streik

Am 17./18. November traf sich unsere AG Betrieb & Gewerkschaft in Hannover zu ihrer 2. Tagung. Es waren rund 60 Mitglieder und SympathisantInnen aus 15 Bundesländern anwesend. Schwerpunkte der Arbeit waren die kritische Auseinandersetzung mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie und die Mindestlohnkampagne der Partei *DIE LINKE*.

Nachdem die notwendigen Arbeitsgemeinschaften gewählt waren, eröffnete Genosse Kurt Neumann, Referent der Bundestagsfraktion *DIE LINKE* mit einem Beitrag „Inhalte der EU-Dienstleistungsrichtlinie und deren Bedeutung“ die Diskussion. Die Bundessprecherin Sabine Wils stellte den Zusammenhang zur Daseinsvorsorge dar. In der Diskussion wur-

de festgestellt, dass die EU-Dienstleistungsrichtlinie nicht geeignet ist die Zukunft für Europa sozialer zu gestalten, sondern zu weiterem Sozialabbau und zur Aushöhlung von Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards führen wird.

Durch die überwiegend schwammigen Formulierungen und nicht umfassend geregelte Sachverhalte wird die unsoziale Wettbewerbspolitik über Ausnahmetatbestände letztlich durch den Europäischen Gerichtshof entschieden werden müssen.

Die nach massiven Protesten der Gewerkschaften, Vereine und Verbände erfolgten Nachbesserungen sind nur marginal und führten zu keiner nachhaltigen Verbesserung. Dies zeigt sich insbesondere in der Aus-

Inhaltsverzeichnis:

<i>S. Danowski: Bundestreffen - EU-Dienstleistungsrichtlinie...</i>	S 1
<i>Beschluss: Sabine ins EU-Parlament</i>	S 3
<i>G. Kemski: Nachruf - Ewald Wehner</i>	S 3
<i>Gerd Graw - Wir sagen danke</i>	S 4
<i>Viel Erfolg - Marko Röhrig</i>	S 4
<i>H. Grünwedel: ÖBS Light</i>	S 4
<i>G. Kemski: Europäisches Netzwerk macht weiter</i>	S 6
<i>S. Faust: Wir müssen den politischen Streik lernen</i>	S 6
<i>H. Dierkes: Forum für Erfahrungsaustausch und neue Initiativen</i>	S 7
<i>M. Lätzsch: Bayern: Es ist vollbracht!</i>	S 8
<i>M. Smit: Schleswig-Holstein: Öffentlichkeitsarbeit wird verstärkt</i>	S 8
<i>G. Kemski: Saarland: Gründung im ältesten Gewerkschaftshaus...</i>	S 9
<i>H. Ehinger: Baden-Württemberg: Mindestlohnkonferenz</i>	S 9
<i>Beschluss: EU-Dienstleistungsrichtlinie</i>	S 10
<i>Beschluss: Die Forderungen des Fahrpersonals...</i>	S 11
<i>Terminplaner</i>	S 12
<i>Kontakte</i>	S 12



klammerung des Entsenderechts und der Gesundheitsdienste von dieser Regelung. So soll den Mitgliedsstaaten die Kontrolle der Einhaltung des EU-Entsenderechts untersagt werden. Zur Liberalisierung des Gesundheitsmarktes soll es eine eigene Regelung geben. Soziale Dienstleistungen werden als wirtschaftsnah angesehen und auch so behandelt. Ausnahmen sind ausdrücklich nicht vorgesehen.

Weitere Komplikationen bei der Umsetzung wurden in der Frage des nicht entgütlich ausdiskutierten „Herkunftslandsprinzips“ erkannt. In der Richtlinie wurde festgeschrieben, dass sich nur die „inländischen Dienstleister“ an innerstaatliches Recht und Standards halten müssen. Darin wurde eine große Gefahr des Unterlaufens von Standards und der Tarife erkannt.

Deswegen fordern die Mitglieder des Bundestreffens:

- die schnelle Einführung eines gesetzlich festgeschriebenen Mindestlohnes und die Ausdehnung der Entsenderrichtlinie auf weitere Bereiche wie Post- und Gesundheitsdienstleistungen,
- die Verabschiedung von Tariftreuegesetzen in allen Ländern der BRD
- und die Überarbeitung zur Verbesserung der geltenden Rechtslage für Scheinselbständige.

Von unserem Bundestreffen aus bitten wir alle LAG Betrieb und Gewerkschaft sich weiterhin in die notwendige Auseinandersetzung zur Umsetzung der EU Richtlinie einzubringen. Dazu sollten alle legitimen Formen der außerparlamentarischen Auseinandersetzung genutzt werden.

Hierfür sind öffentliche Veranstaltungen zum Thema „Die Umsetzung der EU-Richtlinie – Chancen oder Risiken für soziale Standards in unserem Land“ ein möglicher Weg wie auch die maßgebliche Beteiligung an der Kampagne zum Mindestlohn „8 Euro Plus“ der Partei *DIE LINKE*.

Die Teilnehmer einigten sich nach einer ausführlichen Diskussion auf einem Beschluss des Bundestreffens der AG Betrieb & Gewerkschaft.

Dass die Mindestlohnkampagne weiterhin im Fokus unserer Tätigkeit sein muss, begründete der Vortrag von Hasso Ehinger.

Die öffentliche Diskussion dieses Themas und der zunehmende Druck auf die Politik zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes ist ein Ergebnis der anhaltenden Thematisierung durch unsere Arbeitsgemeinschaft

und anderer Gremien der Linken. Deshalb darf hier nicht nachgelassen werden, denn schon jetzt ist in Deutschland eine bisher ungebremste Talfahrt der Tarife und Einkommen zu verzeichnen. Das muss gestoppt werden. Hier ist ein enger Schulterschluss mit den Gewerkschaften und allen parlamentarisch und außerparlamentarisch agierenden Vereinigungen erforderlich.

Im Zusammenhang mit den aktuellen Arbeitskämpfmaßnahmen bei der Deutschen Bahn AG einigten sich die TeilnehmerInnen des Treffens nach einer durchaus kontroversen Diskussion auf einen gemeinsamen Aufruf.

Einig waren wir uns in folgenden Punkten:

Wir verwahren uns gegen die juristische Einschränkung des Streikrechts und beziehen uns dabei auf die Koalitionsfreiheit entsprechend des Grundgesetzes.

Die Forderungen des Fahrpersonals nach besserer Bezahlung und vernünftigen Arbeitsbedingungen wurden als berechtigt und umsetzbar erkannt.

Wichtig ist weiterhin, dass auch in den Betrieben der Bahn unsere These „Ein Betrieb, Ein Tarif“ gelten muss und alle agierenden Gewerkschaften gemeinsam das Machbare umsetzen müssen. Abschließend bekräftigten die TeilnehmerInnen die Ablehnung der Privatisierung der Bahn und den damit verbundenen Börsengang der DBAG

Durch die Gründung der Linken hat die AG einen starken Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen. Das freut uns, das macht uns stärker. Aber es bedarf auch eines größeren Aufwands an Organisation. Deswegen wurden zwei Vorschläge einer AG-Satzung vorgestellt, die jetzt in den LAG diskutiert werden können. Innerhalb eines Jahres soll eine Satzung der AG Betrieb und Gewerkschaft verabschiedet werden.

Um den SprecherInnenrat auf die beschlossene Mitgliederzahl von acht zu komplettieren, wurde Marko Röhrig aus NRW neu gewählt.

Als unsere VertreterInnen für den Bundesausschuss wurden Barbara Borhardt und Edmond Worgul, abhängig von der Anzahl der uns zustehenden Mandate, gewählt.

Sabine Wils erhielt einstimmig die Empfehlung der AG für eine Kandidatur zur Wahl 2009 für das Europaparlament.

Bei den Berichten aus den Ländern wurde von spannenden Veranstaltungen und zahlreichen Initiativen berichtet.



Während des Treffens wurden durch eine „Zählkommission“ die bisher vorliegenden Mitgliedserklärungen zur AG Betrieb & Gewerkschaft gesammelt. In vielen Ländern haben wir entweder die erforderliche Anzahl der Mitgliedserklärungen oder sind durch die Landesvorstände als AG anerkannt. Insgesamt haben wir die Hürden zur Anerkennung als bundesweiter Zusammenschluss gemeistert. Obwohl noch nicht alle LAG ihre Erklärungen vollständig vorlegen konnten, sind wir mit 775 unse-

rem selbstgestelltem Ziel von tausend schon sehr nahe. Auf jeden Fall wollen wir aber stärkster Zusammenschluss der Partei *DIE LINKE*. werden und mit acht Delegierte auf dem nächsten Parteitag vertreten sein. Daher bitte unbedingt weitersammeln.

Das nächste Bundestreffen ist für den 1./2. März 2008 in Kassel verabredet.

Susanne Danowski



Sabine ins EU-Parlament

Das Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft unterstützt die Kandidatur von

Sabine Wils

bei den Wahlen zum EU-Parlament im Jahre 2009.

Bundesausschuss und Bundesvorstand bitten wir, Sabine für einen sicheren Listenplatz vorzuschlagen.

Die Landes-AGen betrieb&gewerk-schaft fordern wir auf Sabines Kandidatur ich ihren Landesverbänden bekannt zu machen und vor allem bei den Mitgliedern des Bundesausschusses aus den Ländern für die Unterstützung von Sabine zu werben.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen

Nachruf

Am 13. November 2007 verstarb unser Kollege *Ewald Wehner* im Alter von 75 Jahren.

Ewald Wehner – ein entschiedener Verfechter der Einheitsgewerkschaft – gehört mit Sicherheit zu den Vertretern der deutschen Gewerkschaften in deren klassenautonome Traditionslinie wir uns bewusst stellen.

In seiner Gewerkschaft, der Deutschen Postgewerkschaft - einer der „Quellgewerkschaften“ von ver.di - arbeitete er sich im wahrsten Sinne von der örtlichen bis zur Hauptvorstandsebene hoch. Zu Letzt war er Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der DPG.

Nach Ewalds Auffassung musste gewerkschaftliche Politik die gegensätzlichen Interessen von Kapital und Arbeit deutlich machen. Das leistete er persönlich in seinem Schwerpunktgebiet, dem Arbeitsrecht, selbst in so komplizierten Bereichen wie dem Beamtenrecht.

Bei der Gründung des bundesweiten Netzwerkes Gewerkschaftslinker war er einer der Initiatoren und stand bis vor wenigen Jahren dort an der Spitze. Sein Verdienst war es, dass bei aller grundsätzlichen Kritik an der Politik so manchen Gewerkschaftsführers dieses Netzwerk sich nicht in eine sektiererische Ecke begab.

Ewald war auch mit der AG Betrieb & Gewerkschaft



der PDS seit Jahren freundschaftlich verbunden. Er schrieb für die Zeitung Betrieb & Gewerkschaft und nahm als Referent sowohl an Bundestreffen der AG als auch an Gewerkschaftspolitischen Konferenzen teil.

Bei seiner freundschaftlichen Verbundenheit mit uns sprach er offen an, dass das was er als Politik der PDS in u.a. in Berlin wahrnahm nicht als gewerkschaftsfreundlich oder gar sozialistisch bezeichnen konnte.

Seinen freundschaftlichen Rat, aber auch seine offene Kritik, die nie verletzend war, werden wir sehr vermissen. Wir werden versuchen in seinem Sinne weiter zu wirken.

Gerald Kemski

Gerd Graw – wir sagen DANKE!

Auf dem Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft bedankten wir uns bei einem Urgestein der AG. *Gerd Graw* – mittlerweile junge 75 – verabschiedete sich von der Bundes-AG. Nach seiner Meinung gibt es in Niedersachsen jetzt genug Jüngere, die seine Arbeit übernehmen werden.

Gerd Graw ist von Beginn seines Berufslebens Gewerkschafter – das heißt für Gerd – Metalller.

Anfang der fünfziger Jahre in der alten Bundesrepublik gegen die Wiederaufrüstung aktiv. Der kalte Krieg und der Antikommunismus verlangten von Gerd Einiges ab: Wegen Betätigung für die verbotene FDJ im Westen musste Gerd für einige Jahre bundesdeutsche Gefängnisse von innen kennen lernen.

Aber er blieb seiner Überzeugung stets treu – immer als aktiver Gewerkschafter, der sich Interessen der Klasse verpflichtet fühlte. Gradlinig auch wenn einige in der Gewerkschaft oder in der Partei das manchmal etwas anders sahen.

So war er dabei, als im Frühjahr 1968 in Frankfurt versucht wurde die KPD zu legalisieren. Das misslang. Bei der Neukonstituierung der DKP war er dabei und schnell wieder draußen. Mit samt seiner kompletten Kreisorganisation wurde er ausgeschlossen.

Kein Grund für Gerd inaktiv zu werden und zu resignieren. VW in Wolfsburg und Braunschweig, die Stahlwerke Peine-Salzgitter waren in Verbindung mit der IG Metall sein Aktionsfeld.

Die Achtung und Anerkennung die er erwarb wurde auf seinem 70. Geburtstag sichtbar: Es sprach nicht nur der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, sondern auch der SPD-Bürgermeister auf dieser Feier. So etwas wird nicht vielen ausgewiesenen Linken in die-

Viel Erfolg

wünschen wir dem neu gewählten Mitglied des BundessprecherInnenrates

Marko Röhrig

aus Nordrhein-Westfalen.

ÖBS Light

oder „Job Perspektive“

Neuer Paragraph 16a SGB II

Der Gesetzesentwurf enthält die Vorstellungen der Bundesregierung zur Umsetzung öffentlich geförderter Beschäftigung für langzeiterwerbslose Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen. Den genannten Personen soll als Kann-Leistung eine längerfristige Perspektive geboten werden durch:

- die Gewährung eines Arbeitgeberzuschusses von bis zu 75% des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts (inkl. Sozialversicherungsbeiträge).
- Dauer: in der Regel 24 Monate bewilligt und kann wiederholt beantragt werden – dann wird allerdings



sem Lande zuteil.

Als wir 1992 in Friedrichroda mit Jacob Moneta und anderen die gewerkschaftliche Struktur der PDS gründeten, war Gerd von Anfang an dabei. streitbar und immer konstruktiv.

Sein Wunsch ist es immer, dass die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit ihren Anliegen in dieser Partei „ankommen“. Das dürfte mit den Genossinnen und Genossen, die aus der WASG mit uns gemeinsam die gewerkschaftliche Struktur der neuen LINKEN bilden vielleicht etwas leichter werden.

Wir bedanken uns bei Gerd für unheimlich viel Gutes und sind sicher, dass er als Mitglied des Bundesausschusses der Partei *DIE LINKE*. die Positionen der GewerkschafterInnen konsequent vertreten wird.

Gerald Kemski



Marko ist Gewerkschaftssekretär der IG Metall in Remscheid-Solingen.

Marko Röhrig war Gründungsmitglied und Mitglied des Landesvorstandes der WASG.

die Förderhöhe i.d.R. um 10% reduziert.

- Ergänzend zum Lohnzuschuss können im ersten Jahr begleitenden Qualifizierungsmaßnahmen (max. 200 Euro/Monat) sowie im Ausnahmefällen der Aufbau der Beschäftigungsmöglichkeit finanziert werden
- Zielgruppe sind langzeiterwerbslose Personen, die älter als 25 Jahre sind, mehrfache Vermittlungshemmnisse aufweisen, eine bereits mindestens ein halbes Jahr andauernde Aktivierungsmaßnahme auf der Grundlage einer Eingliederungsvereinbarung durchlaufen haben und bei denen eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in den nächsten 24 Monaten nicht zu erwarten ist (gesicherte Prognose).

Die Tätigkeiten sollen i.d.R. Vollzeitbeschäftigungen sein und nach tariflichen – oder wenn nicht vorhanden – nach örtlichen Löhnen bezahlt werden.

Einschätzung der Bundestagsfraktion:

Das Grundanliegen - dauerhafte Beschäftigung von langzeiterwerbslosen Personen auf tarifvertraglicher Basis - ist zu begrüßen (Vgl. Antrag der Linksfraktion Drs. 16/2504), der dahinter stehende Zwang dagegen nicht.

Denn

- es werden, die mit den Hartz-Gesetzen geschaffenen Ursachen für den Anstieg der Langzeiterwerbslosigkeit in keiner Weise überwunden, nicht einmal erwähnt. Das Problem der Langzeiterwerbslosigkeit wird mit dem Gesetz individualisiert.
- Kein Mindestlohn, womit auch eine massenhafte Notwendigkeit des aufstockenden Alg II Bezugs zu erwarten ist, die die finanziellen Kalkulationen über den Haufen werfen werden, aber auch keine Deckelung des Zuschusses nach oben.
- Die Freiwilligkeit ist nicht geklärt; angesichts der Gesamtkonstruktion des SGB II würde sich eine Verpflichtung auch für diese Maßnahmenart ergeben – von den Sachverständigen in Anhörung zu ÖBS Anträgen wurde aber unsere Position bekräftigt, auf Freiwilligkeit zu bestehen.
- Eine Verdrängung regulärer Beschäftigung ist faktisch – trotz Verweis auf § 260 SGB III: zusätzlich, öffentliches Interesse, keine Verdrängung - nicht ausgeschlossen, sondern auf Grund fehlender Einbettung in lokale Abstimmungsprozesse zu erwarten;
- es handelt sich um eine zu bescheidene Dimensionierung des Programms (100.000 sind zu wenig, das ist nur ein Fünftel des Vorschlages der Linken).
- die Bedingungen zum Zugang sind zu restriktiv; Deckelung des Zuschusses auf 75% führt bei einigen Gruppen zum Ausschluss aus der Fördermöglichkeit.
- Arbeitnehmerstatus zweiter Klasse:
- Der Kündigungsschutz wird komplett für den Fall der Einstellung der Förderung ausgehebelt. Das steht zwar in der Tradition der Hartz-inspirierten Arbeitsmarktpolitik, die direkt irreguläre Beschäftigungsverhältnisse schafft (Bsp. MAE), ist also nichts neues, aber dennoch ein Hohn
- Arbeitgebern wird die Möglichkeit gegeben, Arbeitsverhältnisse, die mit dem Beschäftigungszuschuss gefördert werden, mit sachlichem Bezug auf diesen Zuschuss zu befristen. Dies geht in die selbe Richtung, weil es die betreffenden Menschen faktisch vom Schutz durch das Teilzeit- und Befristungsgesetz ausschließt
- Der Ausschluss aus der Arbeitslosenversicherung ist aus linker Perspektive nicht nachzuvollziehen, weil sie (wenn die Anreizwirkungen berücksichtigt werden) dazu führt, dass Menschen, die einmal den Beschäftigungszuschuss erhalten, dauerhaft aus dem vorrangigen (und im Ziel Lebensstandard sichernden) System zur Absicherung von Erwerbslosigkeit, der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen bleiben und faktisch

zum Pendeln zwischen Niedriglohn und ALG II verurteilt sind.

- Keine Berücksichtigung regional bedingter Ursachen für Langzeiterwerbslosigkeit und damit bleibt die Situation in Ostdeutschland und anderen strukturschwachen Regionen unberücksichtigt.
- Die Förderdauer von 24 Monaten ist angesichts der Situation der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu kurz. Für über 60-Jährige ist damit kein nahtloser Übergang in die Rente gesichert (Forderung der Linksfraktion)
- Eine Begrenzung auf eine einmalige geförderte Qualifizierung je eingestelltem Beschäftigten beschränkt die Möglichkeiten eines Tätigkeitswechsels im Unternehmen und u.U. auch den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt, der weiterhin als Ziel gilt.
- Wettbewerbsverzerrungen (nach einer Übergangszeit bis zum 31.12.09) und Mitnahmeeffekte durch Unternehmen können mit dem vorliegenden Gesetz nicht verhindert werden.
- Das ganze Verfahren wird den bürokratischen Aufwand im Bereich des SGB II durch die Zugangsbedingungen (bestehende Langzeitarbeitslosigkeit, zwei Vermittlungshemmnisse, keine Aussicht auf Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt in den kommenden 24 Monaten, Absolvierung einer halbjährigen „Aktivierungsmaßnahme“) erneut in die Höhe treiben.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist die Frage nach der Vertretung im Betrieb nicht gelöst.

Dadurch, dass tarifliche Bindung bei der Entlohnung festgeschrieben ist, werden die Mitbestimmungsrechte nach Betriebsverfassungsgesetz berührt. Damit ist der Konflikt mit der betrieblichen Vertretung für die Betriebs-, Personalräte und den Gewerkschaften vorprogrammiert.

Interessant ist auch die Frage ob, die Kolleginnen und Kollegen dann auch ein Streikrecht haben. Da es kein Arbeitsverhältnis sondern eine Maßnahme ist.

Des Weiteren ist die Frage der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaub ausdrücklich ausgenommen.

Hier werden Beschäftigte 3.Klasse geschaffen.

Die vom Berliner Senat angekündigte Offensive von 10.000 Stellen im öffentlichen Beschäftigungssektor, beruht auf dieses Gesetz. So stellt es der Senat auf seiner Homepage www.oeps-berlin.de dar.

Auch innerhalb von Ver.di gab es um dieses Gesetz einige Aufregungen. Einige sehen es als richtigen Einstieg in den ÖBS, andere lehnen es aus den oben genannten Gründen ab. Auch dass erstmals private Unternehmen ab März 08 diese Maßnahmen nutzen können führt zur Ablehnung. Da es auch als versteckter Kombilohn eingeschätzt wird.

Dies wird noch zu einiger Diskussion in der Linken ebenso führen wie in den Gewerkschaften.

Die AG Betrieb & Gewerkschaft, kann hier zu einer Versachlichung beitragen, indem sie dieses Thema in der Partei zum Diskussionsgegenstand macht.

Holger Grünwedel

Quelle: Bundestagsfraktion die Linke

Europäisches Netzwerk macht weiter

Zwei Wochen vor dem 2. Parteitag der Partei der Europäischen Linken in Prag traf sich in Wien am 11./12. November 2007 die Vorbereitungsgruppe zu Vorbereitung des 3. Netzwerktreffens der GewerkschafterInnen in und bei der ELP.

Die Vorbereitungsgruppe aus KPÖ, *DIE LINKE*. (für uns Sabine Wils und Gerald Kemski) sowie der Vereinigten Linken Kataloniens – Alternative bereitete die Tagesordnung für das dritte Treffen dieses wichtigen Netzwerkes für den 1.-3. Februar 2008 vor.

So wollen wir neben dem allgemeinen Erfahrungsaustausch (der sehr wichtig ist, da die Bedingungen für KommunistInnen und SozialistInnen in den Gewerkschaften Europas sehr unterschiedlich sind – ebenso wie die Kampfbedingungen der Gewerkschaften) eine Resolution verabschieden in der wir unsere gemeinsamen Positionen für soziale Mindeststandards in Europa formu-

lieren. Hier geht es um gesetzlichen Mindestlohn, gesetzliche Höchstarbeitszeit, Streikrecht, den Stopp der Privatisierung bzw. der Re-Kommunalisierung und den Ausbau der Öffentlichen Daseinsvorsorge. Wenn uns das gelingt haben wir eine gute Voraussetzung damit in die ELP als auch in die Linksfraktion im EU-Parlament hinein zu wirken.

Außerdem sollen zwei lateinamerikanische GewerkschafterInnen über die Auswirkungen der Linksentwicklung in Lateinamerika auf die Kampfbedingungen der Gewerkschaften berichten.

Vielleicht springt ein Funke von dem Aufbruch dort auch auf Europa über.

Wir werden die AG Betrieb & Gewerkschaft über den Fortgang der Dinge auf dem Laufenden halten.

Gerald Kemski

Wir müssen den politischen Streik lernen!

Unter dem Motto „Gute Arbeit- Gutes Leben“ veranstaltete die Fraktion *DIE LINKE*. im deutschen Bundestag am 19. November in Frankfurt/Main die zweite zentrale Betriebs- und Personalrätekonferenz.

In ihrer Eröffnungsrede betonte die parlamentarische Geschäftsführerin Dagmar Enkelmann die Bedeutung, die eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des DGB für die Partei *DIE LINKE*. besitzt. Das von der Bundestagsfraktion erarbeitete Manifest „Gute Arbeit-Gutes Leben“, das den etwa 250 anwesenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern vorgestellt wurde, richtete sich gegen Unsicherheit, Erpressung und Lohndumping. Die Partei *DIE LINKE*. trete für eine gerechte und solidarische Arbeitswelt ein.

Mit seiner kämpferischen Rede forderte der Fraktionsvorsitzende Oskar Lafontaine im Anschluss ein Umdenken in Bezug auf die Bedeutung eines politischen Streiks in Deutschland: „Um Mindestlohn oder eine bessere Rentenformel durchzusetzen sind Protestkundgebungen oder Streiks einzelner Gruppierungen keine geeigneten Mittel. Das sind keine ausreichenden Kampfmethoden. Das hat auch *DIE LINKE*. in den letzten Jahren nicht erkannt, da haben wir Fehler gemacht“, räumte er selbstkritisch ein. Deutschland bräuchte das Instrument des politischen Streiks, wie es andere europäische Länder wie Frankreich einsetzen, um politische Forderungen gegen eine breite neoliberale Front durchsetzen zu können. „Ich sehe keinen anderen Weg mehr. Denn freiwillig wird die Regierung keinen Mindestlohn einführen. Und freiwillig wird die Bundesregierung auch die Rente mit 67 nicht zurücknehmen“ konstatierte Lafontaine abschließend.

Zu Beginn einer ersten Diskussionsrunde richtete der Betriebsratsvorsitzende der Druckmaschinenfabrik „Koenig und Bauer AG“ aus Frankenthal einen Hilferuf an die Konferenz. In einer Resolution berichtete er, dass der drittgrößte Druckmaschinenhersteller der Welt durch den Verkauf der Tiefdrucksparte und Outsourcing mit der Entlassung von 408 Beschäftigten drohe, einem Drittel der



Bildquelle: *DIE LINKE*. im Bundestag

Belegschaft! Lafontaine sprach mit seiner Zusage für eine Unterstützung im Kampf gegen die Entlassungspläne des Unternehmens allen Anwesenden aus dem Herzen.

In vier verschiedenen Foren wurden wesentliche gewerkschaftspolitischen Aufgaben erörtert. Das Forum „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit statt ausgeliehen und ausgenutzt“ beschäftigte sich mit den Praktiken und Auswirkungen der boomenden Leiharbeit, „dem Sklaventum des 21. Jahrhunderts“. Dort berichteten unter anderem die Personalratsvorsitzende der Universitätsklinik Essen Alexandra Willer und der Projektleiter „Gleiche Arbeit, gleiches Geld“ der IG Metall NRW Jörg Weigand über ihre Erfahrungen im Umgang mit der Leiharbeit. Die stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrates der Leiharbeitsfirma „ranstad“ schilderte die Praxis der Leiharbeit aus der Sicht von Betroffenen.

Das zweite Forum stand unter dem Motto: „Auf dem Weg zum Niedriglohn: Befristung, erzwungene Teilzeit, geringfügige Befristung“. Unter Leitung von Dagmar Enkelmann (MdB) wurde unter anderem mit der Personalrätin der Uniklinik Frankfurt Elke Kreiss und dem Betriebsratschef der Neckermann-Logistik Thomas Schmidt über die Folgen von Arbeitsbefristungen und der damit verbundenen Verdrängung von gesicherten

Fulltimejobs debattiert.

„Erpressung durch Massenentlassungen und Standortverlagerungen“ war das Thema des dritten Forums. Hier leitete Alexander Ullrich (MdB) eine themenbezogene Debatte, in der auch der Betriebsrat von MAN Roland Offenbach, Christoph Ehlscheid von der IGM Hauptverwaltung und Gerd-Peter Richter, Betriebsrat bei Pfaff Kaiserslautern über ihre Erfahrungen berichteten.

Im vierten Forum standen die Entwicklung des Finanzkapitalismus und die verheerenden Folgen für die Gewerkschaftspolitik auf der Tagesordnung. Die beiden Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer und Axel Troost sowie der Betriebsratsvorsitzende Johannes Müllerschön (CNH) und die Gewerkschaftsfunktionäre Hirschel (DGB) und Hinzer (NGG) erörterten, ob Betriebs- und Personalräte den Folgen der vom Finanzkapitalismus angetriebenen neoliberalen Entwicklung ohnmächtig gegenüberstehen oder ob eine Gegenwehr möglich und erforderlich ist.

In seinem Fazit stellte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und gewerkschaftspolitische Sprecher Werner Dreibus fest, dass ihn persönlich das Ausmaß des sozialen Rückschrittes, von dem während dieser Konferenz berichtet wurde, beeindruckte. „Egal wo man hinschaut,

ob im Supermarkt, beim Automobilzulieferer, im Callcenter oder im Versandhaus - überall geraten bisherige Standards guter Arbeit - unbefristet, gut entlohnt, mitbestimmt, tariflich abgesichert - unter Druck“.

DIE LINKE steht für eine grundsätzlich andere Arbeitsmarktpolitik. An die Stelle der „Jede-Arbeit-ist-besserals-keine“ Politik der großen schwarz-rot-gelb-grünen Koalition des Sozialraubes muss endlich eine Politik, die den Grundsatz „Gute Arbeit - Gutes Leben“ beherzigt, treten. Er unterstrich den Erfolg dieser zweiten Konferenz, vor allem weil aus seiner Sicht die lebhafteste Diskussion deutlich gemacht hat, unter welchem Druck die Kolleginnen und Kollegen in den Betriebs- und Personalräten stehen. Die Bundestagsfraktion *DIE LINKE* sieht sich bestärkt, ihre Politik für eine gerechte Arbeitswelt fortzusetzen. Das bestätigt auch der gute Anklang, den das Manifest für gute Arbeit bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gefunden habe.

Zum Abschluss der Konferenz stellten hessische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ihren Aufruf zur hessischen Landtagswahl 2008 „*FÜR EIN SOZIAL GERECHTES HESSEN! KOCH MUSS WEG - DARUM DIE LINKE WÄHLEN!*“ vor.

Siegfried Faust

2. Treffen des Duisburger Netzwerks linker GewerkschafterInnen

Forum für Erfahrungsaustausch und neue Initiativen

Das 2. Treffen des Duisburger Netzwerks linker GewerkschafterInnen fand am 26.10.07 im Restaurant der Rhein-Ruhr-Halle statt. Rund 40 Aktive waren gekommen, darunter viele Betriebsräte und Vertrauensleute von IG Metall und ver.di. Im Mittelpunkt standen ein Bericht von *Kollegin Stiels*, Gesamtbetriebsratsvorsitzende bei der Sparkassen Informatik (SI) über den Kampf gegen Standortschließungen; des weiteren ein Bericht vom *Michael Dubielczyk* VL-Sprecher von TRANSNET beim Bahnkunden-Servicezentrum Wedau über den Kampf gegen die Privatisierung der DBAG sowie ein Referat von *Michael Schlecht*, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Partei *DIE LINKE* über die Mindestlohn-debatte im gewerkschaftlichen und parlamentarischen Bereich. Schlecht: „*Man reibt sich die Augen, wer sich heute alles für Mindestlöhne einsetzt oder sie sogar erfunden haben will. Das Wirken der Partei DIE LINKE trägt auch in dieser Frage Früchte. Aber der Kampf muss weiter gehen, bis wir Erfolg haben*“. Im Folgenden berichten wir ausführlicher über die Auseinandersetzung bei der SI, die nach dem Schlichtungsergebnis einen vorläufigen Abschluss gefunden hat.

Wichtiger Teilerfolg bei der SI

Kollegin Stiels und weitere Kollegen von SI berichteten über Hintergründe, Verlauf und Ergebnis des insgesamt 19 Wochen langen Streiks gegen die Standortschließungen darunter Duisburg und Köln. SI zählt rund 3.600 MitarbeiterInnen. Das Unternehmen ist eine Tochter der Sparkassen, entwickelt und betreut v.a. die Software für die Filialen, Konten und Geldautomaten. Bereits vor der Auseinandersetzung konnte der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen bis 2012 erreicht werden. Dann kam die Geschäftsführung mit dem Vorhaben, 4 der 9 Stand-

orte zu schließen. 1.400 MitarbeiterInnen sollten den Einsatzort wechseln. Ziel: Einsparung von 82 Mio. Euro. Das Unternehmen hatte bisher nur einen sehr niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Kollegin Stiels: „*Informatiker verstehen sich weithin als Individualisten*“. Im Lauf des Kampfes stieg er sehr stark an, je nach Ort zwischen 30 und 90 %. Ein von der Arbeitnehmerseite in Auftrag gegebenes Gutachten wies nach, dass das Rationalisierungskonzept keineswegs zwingend und alternativlos war. Doch die Unternehmensführung hielt stur an ihrer Linie fest. Als sich schließlich die betroffenen Belegschaften mit Streiks und öffentlichen Aktionen – auch in Duisburg - zur Wehr setzten und einen Sozialtarifvertrag forderten, versuchte man sie mit allen Tricks zu spalten und zu schwächen. Kollegin Stiels: „*Die Beschäftigten wurden sogar gedrängt, auf Gleitzeit zu streiken!*“ 19 Wochen hielt der Streik an, es gab zahlreiche Solidaritätsbekundungen auch von Kunden, zahlreiche EDV-Projekte liefen „auf rot“. Schließlich kam ein Schlichtungsverfahren zustande. Nach 14 Tagen lenkte die Geschäftsführung ein. Der Erhalt aller Standorte konnte zwar nicht durchgesetzt werden, aber die Versetzungen erfolgen unter halbwegs akzeptablen Bedingungen,





fest geschrieben in einem Tarifsozialplan. Der Standort Duisburg wird im September 2008 geschlossen. So werden 100 Beschäftigte aus Duisburg und Köln für 4,5 Jahre an das Druckzentrum in Köln versetzt. Es werden 80 unbefristete und 40 befristete Telearbeitsplätze eingerichtet, 70 Flextime-Arbeitsplätze (d.h. Arbeit überwiegend Zuhause). 250 Mitarbeiter leisten für 2 Jahre nur noch 80 % ihrer bisherigen Arbeitszeit bei 90 % des letzten Entgelts usw. Eine Personalfinanzungskommission unter Beteiligung der Betriebsräte und dem Präsidenten eines LAG wird gebildet. Sie hat die Entscheidungskompetenz darüber, wer wie eingesetzt wird. Erreicht wurde auch eine Mobilitätshilfe. Wer das Unternehmen verlassen will, erhält außerdem eine deutlich verbesserte Abfindung.

Bayern: Es ist vollbracht!

Gründung der bayerischen Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft - ein Bericht von Mike Lätzsch, Bundessprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei *DIE LINKE*.

Am 24.11.2007 konnte ich als Gast in Nürnberg an der Gründungsversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft teilnehmen. Nach der Eröffnung durch Holger Grünwedel und den Wahlen der Gremien der Tagung, konnte ich ein Grußwort an die Anwesenden richten. Dabei wurden auch die aktuellen Themen angesprochen, so z. B. die geplanten Kampagnen der Partei *DIE LINKE* bis zum Wahljahr 2009 oder die aktuellen Diskussionen zum Bahnstreik der GDL und der geplanten Bahnprivatisierung. In der folgenden Aussprache schlossen sich die Anwesenden der Gründungsversammlung einmütig der Erklärung des Bundestreffens zum Bahnstreik, vom 16./17. November 2007, an. Ungeachtet dessen, wurde auch die Problematik der „Tarifgleichheit/Tarifeinheit“ erörtert.

Schleswig-Holstein: Öffentlichkeitsarbeit wird verstärkt

In einer sehr konstruktiven Diskussion, in der festgestellt wurde, dass die AG in ihrer Arbeitsweise einige Mängel aufweist, konnten folgende Festlegungen getroffen werden:

1. Die Geschäftsstelle Itzehoe als offizielle Anlaufstelle für die AG B&G Schleswig-Holstein übernimmt die Info-Arbeit.
Es werden 2 Mailverteilerlisten erstellt, die eine für Mitglieder, die andere für Landesvorstand, Kreis und Ortsverbände. Auch die beiden Sprecher verfügen über die Verteilerlisten.
2. Über die Geschäftsstelle Itzehoe läuft auch die postalische Benachrichtigung der Mitglieder und Sympathisanten ohne Internetzugang.

Neu: Der Tarifsozialplan SI also zur Einrichtung zusätzlicher, besonders gestalteter Arbeitsplätze, sichert soziale Schutzrechte und Besitzstände und schreibt materielle Ansprüche auf Nachteilsausgleich fest. Die Streikenden schätzen das Ergebnis unter dem Strich als Erfolg ein. In der Urabstimmung votierten knapp 92 % der Verdi-Mitglieder mit Ja. Die Beteiligung lag bei 72,5 %. Ohne gewerkschaftlich organisierten Kampf wäre der Teilerfolg nicht erzielt worden.

Weitere Einschnitte drohen

Der Tarifsozialplan ist nicht nur aktuell wichtig. Für Mitte nächsten Jahres wird mit einer Großfusion zwischen SI und dem zweitgrößten Dienstleister der Branche, FinIT gerechnet. Hinzukommen sollen die Rechenzentren von Versicherungsgesellschaften und Landesbanken. Ziel ist hier die Einsparung weiterer 200 Mio. Euro. Weitere massive Einschnitte drohen und 2.000 Mitarbeiter dürften betroffen sein. Umso wichtiger, dass sich die Politik im Interesse der ArbeitnehmerInnen und Sparkassenkunden einschaltet. Sparkassen sind nach wie vor öffentlich-rechtliche Einrichtungen. Auch die jeweilige Kommunalpolitik kann und muss auf ihren Kurs Einfluss nehmen.

Hermann Dierkes

Weiterhin fand am 24.11.2007 in Nürnberg eine Jugenddemonstration für mehr Ausbildungsplätze statt. Auf Vorschlag der Versammlung wurde eine Solidaritätsbekundung formuliert und am selben Tag noch übergeben.

Holger Grünwedel ging in seinen Ausführungen u. a. auf den zu erhoffenden Einfluß der neu zu gründenden Landesarbeitsgemeinschaft ein. Allein die Zahl der Beitrittserklärungen zur AG per 24.11. von 61 Mitgliedern ist ein Erfolg. Weiter so - Bayern! Das verleiht auch überregionales Gewicht.

Im Anschluss der Diskussion wurden die Wahlen des SprecherInnenrates der Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft-Bayern, durchgeführt.

Es wurden Anja Bergmann; Martin Albrecht und Peter Baumann als SprecherInnen gewählt. Ein Platz wird in naher Zukunft noch nachgewählt.

Herzlichen Glückwunsch, den gewählten GenossInnen und der gesamten Landesarbeitsgemeinschaft viel Kraft für die anstehenden Aufgaben.

3. Auf der Homepage des Landesverbandes soll eine Internetseite für B&G S-H eingerichtet werden.
Diese Seite soll weitere Verknüpfungen zu Newslettern und Fachseiten aus dem Gewerkschaftsbereich enthalten.
4. Treffen der AG sollen in der Zukunft in der Regel alle 3 Monate stattfinden. Dabei sollen die Termine der Landesparteitage berücksichtigt werden, um eventuelle Anträge dafür gemeinsam zu beraten.
5. Eine Seite von „Info *DIE LINKE*.“ in S-H sollte für die AG reserviert sein für aktuelle Berichte zu gewerkschaftspolitischen Themen aus dem Land.

6. Die Anträge, die zuerst Aktuell auf den Landesparteitagen und jetzt an den Landesausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt wurden, werden zurückgezogen und

modifiziert auf dem nächsten Parteitag nach Beratung in der AG neu eingereicht.

Meenhard Smit

Saarland: Gründung im ältesten Gewerkschaftshaus Deutschlands

Was langjährige Mitglieder der AG Betrieb & Gewerkschaft mittlerweile fast für unmöglich hielten ist nun Wirklichkeit geworden: Am 27. Oktober 2007 wurde im Saarland eine Landes-AG betrieb & gewerkschaft der Partei **DIE LINKE**. gegründet.

Im ältesten Gewerkschaftshaus Deutschlands, dem „Rechtsschutzsaal“ im saarländischen *Bildstock* fassten die anwesenden 28 Mitglieder des Landesverbandes Saar den Gründungsbeschluss einstimmig, darunter drei Mitglieder des Landesvorstandes.

Diese historische Tagungsstätte, einst von Bergarbeitern zur Durchsetzung von Klasseninteressen erbaut, beflügelte offenbar die Diskussion.

Die erfreulich hohe TeilnehmerInnenzahl und die Anwesenheit von Genossinnen aus den Bereichen IG BCE, IG Metall, transnet und ver.di zeigte die Verankerung in nahezu allen Gewerkschaftsbereichen dieses Bundeslandes.

War man sich bei den Fragen die bearbeitet werden sollten gar nicht so uneinig, so wurden bei der Frage, wer

denn künftig die Arbeit der AG koordinieren soll deutliche Differenzen spürbar. Dies kann natürlich nur vor Ort gelöst werden. Zunächst wurden *Gabriele Ungers* und *Heike Kugler* damit beauftragt die nächsten Schritte vorzubereiten.

Da die saarländischen AG mittlerweile über 37 Mitglieder aus allen 7 Kreisen des Saarlandes verfügt müsste es doch möglich sein hier erfolgreich weiterzukommen.

Gerald Kemski



Baden-Württemberg: Mindestlohnkonferenz

Am Samstag, den 24.11. führte die AG Betrieb und Gewerkschaft Landesverband Baden-Württemberg eine landesweite Informationsveranstaltung „Für Mindestlohn – gegen Lohndumping“ durch, um einen Impuls für die bundesweite Kampagne zu geben.

50 GewerkschafterInnen und Vertreter von insgesamt 21 Kreisverbänden waren anwesend. Sehr begrüßt wurde es, dass eine gründliche inhaltliche Information und Diskussion erfolgte. Den Vortrag, der z.T. durch Fragen und Diskussion unterbrochen wurde, hielt der gewerkschafts-

politische Sprecher des Parteivorstandes Michael Schlecht. Die verwendeten 39 Charts können von der Homepage der Landes AG herunter geladen werden. Ebenso ein ausführlicher Artikel von Michael Schlecht zu diesem Thema. Sehr geeignet ist der Flyer unserer Bundestagsfraktion „Gute Arbeit – Gutes Leben“ als Ergänzung zum Vortrag und Material für die TeilnehmerInnen. Nach dem über 3-stündigen Informationsteil wurde noch 1 Stunde über Aktivitäten der Kreise diskutiert.

Der Landesverband wird einige Plakate für Infostände zur Verfügung stellen. Die Kreise gaben ihre zusätzlichen Bestellungen für die Zeitung des Parteivorstandes auf, die Anfang Dezember erscheint und auf mehr als 4 Seiten alle Aspekte der Mindestlohnkampagne beinhaltet. Mehrere Kreise haben sich vorgenommen Kontakte zu Kirchen und Gewerkschaften aufzunehmen, um gemeinsam die Mindestlohnkampagne zu führen. Mit der IG Metall, die sich das Thema Leiharbeit vorgenommen hat – die Bezirksleitung macht dazu eine offizielle Zusammenarbeit mit der SPD – soll örtlich und auf Landesebene Gespräche gesucht werden, um unsere Vorstellungen zur Leiharbeit (Beschluss des Parteivorstandes vom 13.10.2007) zu erörtern.

Die Konferenz solidarisierte sich mit den streikenden ver.di- KollegInnen im Einzelhandel. Der Landesprecher der AG, Hasso Ehinger besuchte während der Konferenz eine Streikversammlung und hielt dort eine kurze Ansprache.

Hasso Ehinger



Beschluss des Bundestreffens der AG Betrieb & Gewerkschaft am 17./18.11.2007 in Hannover

EU-Dienstleistungsrichtlinie:

Auseinandersetzung zur Umsetzung muss weiter gehen

I. Das Bundestreffen der AG Betrieb und Gewerkschaft stellt fest:

- Mit der Verabschiedung der EU-Dienstleistungsrichtlinie wurden keine Voraussetzungen geschaffen, dieses Europa in Zukunft sozialer zu gestalten. Im Gegenteil, die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird zu weiterem Sozialabbau, der Aushöhlung von Sozial-, Arbeits- und Umwelt-Standards führen.
- Mit der Verabschiedung der Richtlinie wurde keine Rechtsklarheit geschaffen. Zukünftig wird der Europäische Gerichtshof die schwammig formulierten Regelungen und Ausnahmetatbestände im Sinne der unsozialen Wettbewerbspolitik entscheiden.
- Nur formal wurde den Forderungen der Gewerkschaften, Vereine und Verbände entsprochen. Dies zeigt sich insbesondere bei der Ausklammerung des Entsenderechts und der Gesundheitsdienste von dieser Richtlinie. So soll den Mitgliedstaaten die Kontrolle der Einhaltung des EU-Entsenderechts untersagt werden. Zur Liberalisierung des Gesundheitsmarktes soll es eine eigene Richtlinie geben. Soziale Dienstleistungen werden als wirtschaftsnah angesehen, Ausnahmen sind ausdrücklich nicht vorgesehen.
- Auch die kontrovers diskutierte Frage des „Herkunftslandsprinzips“ ist nicht vom Tisch. Mit der Verabschiedung der Richtlinie wurde festgeschrieben, dass sich nur „inländische Dienstleister“ an innerstaatliches Recht und innerstaatliche Standards halten müssen.
- Die EU-Dienstleistungsrichtlinie gefährdet nicht nur die öffentliche Daseinsvorsorge, sondern führt auch zu einer Entdemokratisierung der Gesellschaft.

II. Das Bundestreffen unterstreicht angesichts der Entscheidung über die Dienstleistungsrichtlinie unsere Forderungen nach:

- einem gesetzlich festgeschrieben Mindestlohn in der Bundesrepublik Deutschland sowie der Aufnahme weiterer Bereiche in die Entsenderichtlinie, wie Post, Gesundheitsdienstleistungen usw.,
- der Verabschiedung von Tarifreuegesetzen unter Berücksichtigung von sozialökologischen Gesichtspunkten in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland und
- der Überarbeitung und Verbesserung der geltenden Rechtslage für Scheinselbstständige.

III. Das Bundestreffen fordert die Partei „Die LINKE“ auf, auf nationaler wie auf europäischer Ebene Druck von links auf die Politik auszuüben mit dem Ziel

- einer grundlegenden Abkehr von der marktradikalen Liberalisierungs- und Wettbewerbspolitik,
- einer an öffentlichen Interessen orientierten Regulierung und Steuerung des Wirtschaftslebens,
- einer Integration des Schutzes und der Qualität öffentlicher Dienstleistungen in den Aufgabenkatalog der Europäischen Gemeinschaft, z.B. durch eine entsprechende Aufnahme in den EG-Vertrag.

Im Europawahlkampf 2009 der Europäischen Linken und der Partei *DIE LINKE*. sollten als Forderungen thematisiert werden:

- der Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen in Unabhängigkeit vom Wettbewerbsrecht der EU,
- die Rekommunalisierung bereits privatisierter öffentlicher Unternehmen.

IV. Das Bundestreffen bittet alle Landesarbeitsgemeinschaften Betrieb & Gewerkschaft, sich in die weiterhin notwendigen Auseinandersetzungen zur Umsetzung dieser Richtlinie einzubringen. Dazu sollten folgende Formen der außerparlamentarischen Auseinandersetzung genutzt werden:

- Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen mit dem Thema „Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie – Chancen oder Risiken für soziale Standards in unserem Land“,
- Beteiligung an der Mindestlohnkampagne der Partei *DIE LINKE*.,
- Einbindung der kommunalen VertreterInnen in den Regionen, Nutzen der Fragestunde der Bürgerversammlungen unter Berücksichtigung der örtlichen Betroffenheit auf den unterschiedlichen Gebieten,
- Einreichen von Petitionen an den Petitionsausschuss der Länder mit Forderungen nach einem Tarifreuegesetz, gesetzlich festgelegten Mindestlohn, usw..

Kontakt und Info zur AG B&G:

Tel: 030 / 24 009 673

Fax: 030/ 24 009 480

ag.gb@die-linke.de

www.betriebundgewerkschaft.de

BundessprecherInnenrat:

Barbara Borchardt Susanne Danowski Hasso Ehinger Gerald Kemski Heidi Kloor Mike Lätzsch Marko Röhrig Sabine Wils

Beschluss des Bundestreffens der AG Betrieb & Gewerkschaft am 17./18.11.2007 in Hannover

Die Forderungen des Fahrpersonals sind mehr als gerechtfertigt

Im Zusammenhang mit dem aktuellen Arbeitskampf der GDL bei der Deutschen Bahn AG stellt das Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei *DIE LINKE.* am 17./18.11.2007 in Hannover fest:

1. Wir weisen mit aller Kraft jedwede Einschränkung des Streikrechts zurück. Der Versuch mit Hilfe von Arbeitsgerichten das Streikrecht einzuschränken verstößt gegen das im Grundgesetz verankerte Recht auf Koalitionsfreiheit. Nur mittels Streik kann wirtschaftlicher Druck aufgebaut werden, um die Forderungen der abhängig Beschäftigten durchzusetzen.
2. Die Forderungen des Fahrpersonals nach besserer Entlohnung und günstigeren Arbeitsbedingungen sind angesichts der wirtschaftlichen Lage der Deutschen Bahn und dem Vergleich mit Berufskollegen im europäischen Ausland mehr als gerechtfertigt.
3. Wir vertreten ganz entschieden die Position: „Ein Betrieb, ein Tarif“. Diese Position haben wir schon im Zusammenhang mit der Leiharbeit bekräftigt. Diese Herangehensweise halten wir auch im Hinblick auf alle Beschäftigten des DB Konzerns für richtig und durchsetzbar. Daher rufen wir die Bahngewerkschaften TRANSNET, GDBA und GDL auf, das Gemeinsame zu suchen. Die berechtigten Interessen des Fahrpersonals sind dabei besonders zu berücksichtigen.
4. Abschließend bekräftigen wir als GewerkschafterInnen der Partei *DIE LINKE.* unsere Forderung nach Ablehnung jeder Privatisierung und des damit verbundenen Börsengangs der DB AG

Kontakt und Info zur AG B&G:

Tel: 030 / 24 009 673
Fax: 030/ 24 009 480

ag.gb@die-linke.de
www.betriebundgewerkschaft.de

BundessprecherInnenrat:

Barbara Borchardt
Heidi Kloor

Susanne Danowski
Mike Lätzsch

Hasso Ehinger
Marko Röhrig

Gerald Kemski
Sabine Wils

Kontakte

BundessprecherInnenrat:

Barbara Borchardt info@barbara.borchardt.de
Susanne Danowski su.dan@online.de
Hasso Ehninger ehinger.hasso@web.de
Gerald Kemski gerald.kemski@t-online.de
Heidi Kloor heidi.kloor@googlemail.com
Mike Lätzsch Konfliktcontor@aol.com
Marko Röhrig attaci@gmx.de
Sabine Wils Sabine.Wils@hamburg.de

Gewerkschaftspolitische SprecherInnen der Partei DIE LINKE.

Heidi Scharf heidi.scharf@die-linke.de
Michael Schlecht michael.schlecht@die-linke.de

Gewerkschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Werner Dreibus werner.dreibus@bundestag.de

Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE. für die AG Betrieb & Gewerkschaft

Jutta Nitsche jutta.nitsche@die-linke.de

Landes-AGen

Baden-Württemberg

Stefan Dreher mail@stefandreher.de

Bayern

AG B&G-Bayern betriebundgewerkschaft@die-linke-bayern.de
Peter Baumann peBaumann@t-online.de

Berlin

AG B&G-Berlin ag.bug@die-linke-berlin.de

Brandenburg

Susanne Danowski su.dan@online.de

Bremen

Ingo Tebje itebje@uni-bremen.de
Werner Fey sputnik-syndikat@arcor.de

Hamburg

Elisabeth Baum baum-aecp@superkabel.de
Regine Brüggemann REGINE-BRUEGGEMANN@t-online.de

Hessen

Renate Bastian bastian.renate@gmx.de
Hermann Schaus schaus4@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern

Jörg Böhm j.boehm@gmx.de

Niedersachsen

Agnes Hasenjaeger h.agnes@gmx.de
Manfred Sohn Drmaso@t-online.de

Nordrhein-Westfalen

AG b&g-NRW DIE_LINKE.AG@betriebundgewerkschaft-nrw.de

Rheinland-Pfalz

Martin Klein roterwanja@aol.com

Saarland

Gabriele Ungers gabriele.ungers@web.de
Heike Kugler kugler.heike@gmx.de

Sachsen

Petra Miessbach Petra.Miessbach@t-online.de
Karl Friedrich Zais wkb.zais@t-online.de

Sachsen-Anhalt

Edeltraud Rogee edeltraud.rogee@t-online.de

Schleswig-Holstein

Ernst Molkenthin ErnestoPrimero@aol.com
Meenhard Smit smit-meenhard@foni.net

Thüringen

Sandro Witt sandro.witt@gmx.de

Termine

Bundestreffen:

01.-02.03.08
in Kassel

Landestreffen

01.12.07 NRW
in Gelsenkirchen

08.12.07 Sachsen-Anhalt
DGB-Haus Magdeburg

IMPRESSUM:

„betrieb&gewerkschaft Intern“ wird an alle Aktiven der AG verschickt. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anschrift:
Partei Vorstand
der Partei **DIE LINKE.**
AG Betrieb & Gewerkschaft
Kl. Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Telefon:
(0 30) 2 40 09-673

Fax:
(0 30) 2 40 09-480

E-Mail:
ag.bg@die-linke.de

Redaktionsschluss:
26.11.2007

Verantwortlich:
BundessprecherInnenrat
DIE LINKE.
AG Betrieb & Gewerkschaft

www.betriebundgewerkschaft.de